LEVI (2009) 37:318–326
DOI 10.1007/s11578-009-0017-6

ESSAY



Vom Urkeynesianismus zum privatisierten Keynesianismus – und was nun?

Colin Crouch

Die Arbeitsplätze von Amerikanern und Briten sind weniger sicher, ihre Wohlfahrtsstaaten bieten ein sehr viel grobmaschigeres soziales Netz, und normale Arbeitnehmer können nicht mit regelmäßigen Lohnerhöhungen rechnen. Wie ist es da zu erklären, dass Amerikaner und Briten ihre Konsumfähigkeit so viel höher einschätzen als die Deutschen? Diese Frage können wir jetzt beantworten: Amerikaner und Briten konnten sich stets Geld leihen und mussten dafür keine besonderen zusätzlichen Sicherheiten bieten. Der Wert ihrer Wohnungen und Häuser stieg Jahr um Jahr, es eröffneten sich immer mehr Möglichkeiten, Hypotheken auch über 100% des Wertes der Wohnungen und Häuser hinaus aufzunehmen. Immer neue Kreditkarten wurden in Verkehr gebracht, und niemand fragte, wie viele Karten die Konsumenten schon besaßen.

Es war ein privatisierter Keynesianismus. Im Urkeynesianismus fördert die Regierung die Wirtschaft in schwierigen Zeiten durch staatliche Nachfrage, die zu Staatsschulden führen. Im privatisierten Keynesianismus stützen die Verbraucher selbst die Nachfrage. Aber, so fragt man sich, wie war es möglich, dass der Markt Darlehen ohne Deckung akzeptieren konnte? Die Antwort: Weil hoch entwickelte Risikomärkte entwickelt worden waren, deren Akteure den Wert der Risiken, mit denen sie handelten, gar nie untersucht haben. Und wie konnte sich ein solches System auf Dauer halten? Es konnte sich eben nicht halten und ist jetzt zusammengebrochen.

Dieser Zusammenbruch macht deutlich, dass die entwickelte Welt seit dem zweiten Weltkrieg zwei Wirtschaftsordnungen erlebt hat: den Urkeynesianismus und den privatisierten Keynesianismus. Beide hielten sich ungefähr 30 Jahre. Wir können jetzt auch erklären, warum und wie sie entstanden sind, und warum und wie sie schließlich zusammengebrochen sind. Schwieriger wird es, zu erkennen, was jetzt darauf folgen wird.

Überarbeiteter Text einer Rede auf dem 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Jena 2008.

Prof. C. Crouch FBA (✉)
Warwick Business School, The University of Warwick, Coventry CV4 7AL, Großbritannien, UK
E-Mail: colin.crouch@wbs.ac.uk

Etwas Geschichte

Alle demokratischen kapitalistischen Ordnungen müssen Antwort auf eine Grundfrage geben: Wie lässt sich die Unsicherheit und Ungewissheit des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit dem Bedürfnis der Demokratie nach Stabilität im Leben der Bürger vereinbaren? Ja, noch problematischer: Wie ist diese Ungewissheit und Unsicherheit mit dem kapitalistischen Bedarf an selbstbewussten Verbrauchern vereinbar?

Vor der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts gab es solche Rätsel nicht. Es gab keine Demokratie, und die Wirtschaft war nicht von den Ausgaben der Mehrheit des Volks abhängig. Zweifellos war das Streben der Mehrheit der Armen nach einem besseren Leben ein großes politisches Problem. Die zeitgenössischen Eliten sahen aber keine einfache Lösung, und verließen sich auf Unterdrückungsmaßnahmen, um diesem Streben entgegen zu treten. Die Gesellschaft war voller Spannungen und Gefahren.

Die erste Antwort auf dieses Problem zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Erfindung der Massenproduktion in den Fabriken der Ford Motor Company in den Vereinigten Staaten. Durch Technik und Arbeitsorganisation konnte die Produktivität ungelernter Arbeiter gesteigert werden, Güter konnten billiger erzeugt werden, und die Lohne der Arbeiter erhöht werden, sodass die Arbeiter die Güter kaufen konnten: Der Massenverbraucher war geboren! Als es 1929, wenige Jahre nach der Einführung der Massenproduktion, zum Börsenkrach der Wall Street kam, war das Selbstvertrauen des Verbrauchers noch nicht entsprechend gefestigt; die Spannung zwischen der Instabilität des Marktes und dem Bedarf an einer starken selbstbewussten Verbraucherschicht blieb erhalten.

In dieser Phase der Spannung wurde der Keynesianismus entdeckt. Die Regierungen milderten die Schwankungen des Handelszyklus durch staatliche Nachfrage und Schulden. Das Modell erforderte große öffentliche Ausgaben und bedeutete deshalb entweder Krieg oder den Wohlfahrtsstaat. Der Wohlfahrtsstaat trug auch dazu bei, dass die ‚kleinen Leute' ein viel sichereres, geordneteres Leben führen und Massenverbraucher werden konnten. Die Menschen wurden vor der kapitalistischen Wirtschaft beschützt; doch zugleich wurde diese Wirtschaft auch vor strengeren Forderungen nach Reform und Kontrollen geschützt. Es war ein echter sozialer Kompromiss.

Betrachtet man dies Geschehen einmal aus einer etwas anderen Perspektive, dann kann man es auch als ein Beispiel für die Vorstellung von Karl Marx nehmen, dass es in Momenten der Systemkrise immer eine Klasse gibt, deren eigene Interessen die Interessen der ganzen Gesellschaft repräsentieren. In der Mitte des 20. Jahrhunderts war das Interesse der Arbeiterklasse an einem sicheren Leben identisch mit dem Interesse eines Typus von Kapitalismus, der große Massenmärkte benötigte.

Genau wie bei Marx, trug auch dies Modell schon den Keim der Selbstzerstörung in sich. Es war immer leichter für eine Regierung, ihre Ausga-

ben in Zeiten schwacher Nachfrage zu erhöhen, als die Ausgaben in Zeiten der Inflation zu reduzieren. Das Modell hielt dreißig Jahre, ehe es zu einer Systemkrise kam.

Hinter diesen allgemeinen Feststellungen verbergen sich größere Differenzen zwischen den Gesellschaften. Das Modell war in den Nordischen Ländern, in Österreich, Großbritannien und in den Vereinigten Staaten am weitesten entwickelt. In Deutschland gab es den Keynesianismus erst mit der Politik der Großen Koalition von 1967. Am Anfang stand das Wirtschaftswunder der Exporte, und die Nachfrage war nicht von den deutschen Massenverbrauchern abhängig. Allerdings waren diese Exporte wiederum von den Massenverbrauchern (und deshalb vom Keynesianismus) anderer Länder abhängig. Wichtig für die deutsche Wirtschaft war am Anfang auch der Marshall Plan, der mit amerikanischen öffentlichen Mitteln Hilfe zum Aufbau nach dem Krieg bot. Die Bonner Republik war deshalb keine wirkliche Ausnahme vom keynesianischen System. In Frankreich und Italien gab es andere Formen der staatlichen Hilfe – für die ‚champions nationaux' der großen Industrie, für die Landwirtschaft, die auf ihre Weise auch den Konsum förderten.

Anders als in Großbritannien und den USA war die neue ‚arbeiterfreundliche' Wirtschaftsordnung in mehreren europäischen Ländern – so in Österreich, in den skandinavischen und einigen anderen kleinen Ländern und in Deutschland – von neokorporatistischen industriellen Beziehungen getragen. Der Neokorporatismus milderte die inflationistischen Tendenzen des Systems ab, weil die Kollektivvertragspartner versuchten, die Inflation zu vermeiden, um den Handel mit den Exportgütern nicht zu behindern.

Wie wir heute wissen, konnte das keynesianische Modell die inflationistischen Krisen des Ölmarktes und der anderen Warenmärkte in den 1970er Jahren nicht überstehen, auch wenn Teile dieses Modells in Ländern mit einem hoch entwickelten Neokorporatismus sich noch gehalten haben. In dieser Periode hatte sich jedoch ein neues kapitalistisches Modell breit gemacht: der Neoliberalismus. Dieser löste das Inflationsproblem des Keynesianismus mit seinen strengen marktkonformen Regeln: keine Staatstätigkeit zur Aufrechterhaltung der Nachfrage. Mit dem Neoliberalismus ist eine neue Ideologie aufgekommen, die die allgemeine Rolle des Staats zurückzusetzen trachtete.

Wie die keynesianische Wirtschaftsordnung war auch die neoliberale von einer führenden sozialen Klasse getragen. In den 1970er Jahren erreichte die industrielle Arbeiterklasse in den meisten Ländern des Abendlands ihren geschichtlichen Höhepunkt; seither konnte sie keine führende Rolle mehr spielen. Die neuen sozialen Erwerbsarbeiterschichten der postindustriellen Gesellschaft haben kaum noch ein autonomes Klassenbewusstsein und auch nur wenige autonome Klassenstrategien entwickelt. Die neuen Führungsschichten in der Wirtschaft und besonders in der Finanzbranche haben dagegen nicht nur ein ausgeprägtes Bewusstsein als sogenannte ‚executive class', sondern auch eine eigene

Ideologie, den Neoliberalismus, sowie einige Zeitschriften, die diese Ideologie wöchentlich formulieren und fördern (darunter den *Economist* und *Business Week),* und eine Strategie: die Maximierung der Aktienwerte („shareholder value"). Und die ganze Gesellschaft wurde von den Geschäften der Führungsschichten des Finanzsektors abhängig. Die neue Wirtschaft des deregulierten globalen Finanzkapitals privilegierte hauptsächlich das Finanzvermögen. Alle anderen Formen von Kapital waren nur das wert, was sie als Finanzvermögen wert waren. In diesen Jahren wurden auch die internationalen Regeln der Buchhaltung verändert, und die Ressourcen einer Firma wurden nur noch gewertet, insoweit sie Vermögenswerte auf den Finanzmärkten darstellten.

Mit dem Neoliberalismus begann auch die Arbeitsplatzunsicherheit (die so genannte ‚Flexibilität') und der Rückbau des Wohlfahrtsstaats. Die soziale Ungleichheit, die in der Zeit der Vollbeschäftigung und des Wohlfahrtsstaates der keynesianischen Periode geringer geworden war, nahm wieder zu. Die ersten 20 Jahre der neuen Ordnung (bis in die Mitte der 1990er Jahre) brachten eine steigende Arbeitslosigkeit und den Verfall der großen Industrien in den Ländern, in denen das Modell am höchstens entwickelt war – besonders im Vereinten Königreich.

Gleichzeitig setzte ein umfassender sozialer Wandel ein. Das Verbrauchervertrauen erwachte besonders in den am stärksten neoliberal ausgerichteten Ländern, während es in Ländern wie Deutschland, die das neue Modell nur ansatzweise übernommen hatten, schwach blieb.

Die neoliberale ebenso wie die keynesianische Wirtschaftsordnung waren von den Ausgaben der Massenverbraucher abhängig. Wie kam es aber, dass gerade Menschen in den neoliberalen Wirtschaften mit hoher Arbeitsplatzunsicherheit und unverändertem Einkommen ein so starkes Vertrauen in ihre Konsumfähigkeiten besaßen? Heute wissen wir es. Sie konnten sich hauptsächlich deshalb Geld leihen, weil die Werte ihrer Immobilien stiegen. Und, weil sie mehrere Kreditkarten besaßen, mit denen sie sich verschulden konnten.

Warum haben die Banken diese hochriskanten Schuldner akzeptiert? Weil die deregulierte globale Finanzbranche neue Moden kreiert hatte, Risiken zu kaufen und zu verkaufen. Es war nicht mehr von Bedeutung, ob man den Wert der Schulden, die man gekauft hatte, kannte; wichtig war nur noch, dass man damit rechnen konnte, dass man sie wiederverkaufen konnte. Und das war allein von dem Glauben abhängig, ob derjenige, der diese Schulden kaufte, seinerseits damit rechnen konnte, sie wiederverkaufen zu können, usw. Je mehr sich die globale Wirtschaft ausdehnte, desto größer wurde der Zirkel derer, die die Risiken teilen konnten: Es entstanden die berühmten sekundären Märkte. Deshalb wurden die Risiken der einzelnen immer geringer; und deshalb wurden die Risiken, die sie übernehmen konnten, immer größer.

Im Rahmen dieses Modells gab es auch eine entsprechende Politik. Die Finanzpolitik kämpfte unter der neoliberalen Ordnung hartnäckig gegen

die Inflation, also gegen die Erhöhung der Preise von Standardgütern, Agrarprodukten und Diensten. Eine Erhöhung der Preise der Vermögen galt dagegen nicht als inflationistisch. Wenn die Preise der Aktien oder der Immobilien steigen, steigt der Wert des Eigentums, und deshalb galt es nicht, wie in der Inflation, als verloren. Die Besitzer dieser Vermögenswerte konnten mehr Geld leihen und deshalb mehr ausgeben. Mehr Ausgaben aber bedeuten eine Stärkung der Wirtschaft. Die Politik sollte daher nicht gegen die Steigerung der Immobilienpreise kämpfen; ganz im Gegenteil: Im Vereinten Königreich zum Beispiel verlangte man von der Regierung, den Markt zu aktivieren, wenn die Immobilienpreise nicht stiegen.

Die angloamerikanische Wirtschaft war von den Schulden des Volkes – besonders der Schichten mit niedrigen und unsicheren Einkommen – abhängig geworden. Es war keine reine neoliberale Wirtschaftsordnung, sondern eine Ordnung des privatisierten Keynesianismus. In einer echten Marktordnung sind die Informationen über Preise und Werte das Wichtigste. Doch die neuen Risikomärkte gaben den Händlern Anreize, diese Informationen zu ignorieren. Dafür waren drei Faktoren ausschlaggebend:

- erstens, je größer die sekundären Märkte wurden, desto mehr entfernten sich die Preise vom Markt der Urpreise der Vermögen selbst;
- zweitens, je globalisierter die Risikomärkte wurden, desto kleiner wurden die Teile jedes einzelnen Risikos in den Händen eines einzelnen Händlers, und desto unwichtiger wurden die Informationen über den Wert jedes einzelnen Risikos;
- drittens, für ein Vermögen, das man nur ein paar Tage – vielleicht nur Stunden – hielt, lohnte es sich nicht, seine Zeit damit zu verschwenden, den wahren Wert dieses Vermögens herauszufinden. Wenn aber der Markt den Händlern Anreize gibt, Informationen zu ignorieren, zerstört er sich am Ende selbst. Das war die Achillesferse des privatisierten Keynesianismus.

In Zeiten des wahren oder Urkeynesianismus hatten öffentliche Schulden die Funktion, dass massive Ausgaben trotz der Schwankungen der kapitalistischen Wirtschaft aufrechterhalten werden konnten. Im privatisierten Keynesianismus waren es die privaten Schulden der Haushalte, von den neuen privaten Risikomärkten und der Politik gefördert, die diese Funktion übernahmen.

Heute ist klar, dass das Modell nicht von Dauer sein konnte. Wie wir gesehen haben, war seine Haltbarkeit abhängig davon, ob die Banken nach dem Wert der Risiken, die sie gekauft hatten, fragten, jenseits der Werte der sekundären Märkte selbst. Die sekundären Märkte aber wurden zum Hauptmarkt – ein vollkommen reflexives System.

Was kommt jetzt?

Der Urkeynesianismus dauerte 30 Jahre, bis in die 1970er Jahre. Der Neoliberalismus, vom privatisierten Keynesianismus getragen, hat auch 30 Jahre gedauert. Was kommt jetzt? Der Kapitalismus muss das Rätsel noch lösen, wie man den Massenkonsum und das Verbrauchervertrauen unter den Bedingungen der Unsicherheit des kapitalistischen Arbeitsmarkts aufrechterhalten kann. Je nach ihrem institutionellen *Ensemble* haben die einzelnen Länder unterschiedliche Möglichkeiten. Der Keynesianismus (oder eine ähnliche nachfrageorientierte Politik) hat zumindest teilweise dort überlebt, wo er von neokorporatistischen Elementen getragen wurde, die seine inflationistischen Tendenzen in Grenzen hielten. In diesen Fällen haben wir eine Politik mit drei Faktoren: einen starken Wohlfahrtsstaat, neokorporatistische Arbeitsbeziehungen, und Elemente des Neoliberalismus. In solchen Ländern ist das Vertrauen der Massenverbraucher nicht vollständig von den Finanzmärkten abhängig. Alle diese Länder – Österreich, die nordischen Länder, die Niederländer – sind ziemlich klein, und in mehreren Fällen hängt damit möglicherweise der Ausschluss von ethnischen Minderheiten und Immigranten zusammen. Das ist eine Frage für die Forschung.

In anderen Ländern, wo es kaum Ansätze des Neokorporatismus gibt und das Risikokapitalmodell tief eingewurzelt ist, werden die Regierungen und die finanziellen Eliten versuchen, das Modell zu revitalisieren. Bis 2007 hatten sie eine gute Erfahrung mit dem Modell gemacht, und Alternativen kennen sie kaum. Außerdem brächte eine große Modellwende auch eine tiefgreifende Veränderung der sozialen Machtverhältnisse mit sich. Trotz des Volkszorns gegen die Banken gibt es keinen echten, gesellschaftlich verankerten Widerstand gegen deren Aufgabe und Funktion. Wir sollten deshalb in solchen Ländern – wie in Großbritannien, in Irland, in den Vereinigten Staaten – nur eine Veränderung innerhalb des Modells selbst erwarten. Kurz gesagt: weniger Markt, mehr Unternehmung.

Wir haben in den Jahrzehnten der neoliberalen Ordnung bereits gesehen, dass diese kein gelungenes Beispiel für das Ideal der neoklassischen Wirtschaftswissenschaft gewesen ist. Im Widerspruch zu den zentralen Idealregeln der neoklassischen Theorie, dass staatliche und wirtschaftliche Akteure sich nicht gegenseitig beeinflussen sollen, spielen die großen Konzerne hier eine viel zu starke politische Rolle. Nach dieser Theorie ist es ein Risiko, das den Markt zerstören kann, wenn entweder der Staat in die Wirtschaft eingreift, oder wenn die Geschäftsleute in die Politik eingreifen. Wenn die Geschäftsleute etwas vom Staat fordern, dann sind es Privilegien, Einfluss, Vorteile, öffentliche Verträge, um ihre eigene Konzerne jenseits der Regeln des Markts zu unterstützen. Im heutigen Neoliberalismus findet nur der erste Teil Beachtung: Der Staat soll nicht in die Wirtschaft eingreifen! Der zweite Teil wird ganz anders ausgelegt: der freie Markt besagt demnach, dass man wirtschaftliche Ressourcen benützen darf, wie

man will. Deshalb gilt es in dieser Theorie als ganz marktkonform, wenn man diese Ressourcen benützt, um politischen Einfluss zu kaufen. Diese Verkehrung der Grundsätze der Wirtschaftswissenschaft macht begreiflich, wie es möglich wurde, dass das ‚business lobbying' und die Geldströme von den Firmen an die Politiker, die den Kern der amerikanischen Politik ausmachen, nie als Korruption angesehen wurden.

Dieses Element des öffentlichen Lebens wird sich jetzt paradoxerweise in vielen Ländern ausbreiten. Eine unmittelbare Folge der aktuellen Krise ist in der Welle von konkurrenzvernichtenden Fusionen und Vereinigungen zu sehen, die mit Hilfe der großen Banken und oft mit öffentlicher Unterstützung und Hilfe durchgesetzt wurden. Die Banken sind keine normalen Marktakteure; ihre Tätigkeiten sind so wichtig, dass sie eine Art Gemeinaufgabe sind; und der Staat muss immer für das Funktionieren der Gemeinaufgaben sorgen. Weil die Regierungen es nun für nötig halten, dass der Finanzsektor wieder ein leitender Sektor wird, machen sie sich vom Erfolg dieser oligopolistischen Konzerne abhängig. Die Leiter dieser Konzerne werden trotz ihres früheren Verhaltens, mit dem sie die Krise verursacht hatten, immer mehr zu ‚Insidern' des politischen Prozesses. Die britische Regierung etwa hat während der Krise einen neuen Nationalen Wirtschaftsrat eingerichtet, dessen Mitglieder verschiedene Minister und einzelne Geschäftsleute von großen Firmen verschiedener Branchen sind. Es fehlen die Vertreter der Gewerkschaften, der Verbraucher und die Vertreter der Unternehmerverbände. Es gibt ein wichtiges Prinzip, das besagt, wenn die Unternehmerinteressen in der Politik von den Verbänden einer Branche vertreten werden, wird ein so genanntes ‚level playing field' für alle Firmen dieser Branche geschaffen. Wenn aber die Vertreter in der Politik individuelle Firmen oder einzelne Geschäftsleute sind, besteht immer das Risiko, dass sie Vorteile hauptsächlich für ihre eigenen Geschäfte suchen. Verbandsvertretung ist tatsächlich marktkonformer als individuelle Vertretung. Der Neoliberalismus aber, der die Rechte des Individuums (also der Personen und der juristisch wie Personen handelnden Firmen) privilegiert, begünstigt die Firma vor dem Markt.

Anfangs erwarteten wir nach dieser Krise eine neue Regulierung für den Banksektor: mehr Regeln, mehr Gesetze. Bald aber werden die Banken und die andere Finanzfirmen, die den Regierungen immer nah bleiben werden, zu klagen anfangen, dass diese Regeln Hindernisse seien, die ihrer Arbeit schaden – der Arbeit, die doch das wichtigste Element in der nationalen Wirtschaft darstellt. Wenn die Regierungen weiterhin von der Finanzbranche abhängig bleiben, um den Massenkonsum fortsetzen zu können, müssen sie sich darauf einlassen. Die Folge wird eine Abkehr vom Weg der staatlichen Regulierung hin zu freiwilligen Vereinbarungen zwischen den Regierungen und den einzelnen großen Firmen sein. Es wird eine ‚corporate social responsibility' oder CSR – Ordnung werden. Die CSR ist in verschiedenen Ländern für die Wirtschaftsordnung schon wichtig, in Großbritannien gibt es sogar einen Minister für CSR.

In jenen Ländern, in denen der Neokorporatismus zu schwach ist, um als Gerüst der Ordnungsfaktoren zu dienen, können wir nur einen Kapitalismus mit weniger Markt und mehr Selbstverantwortung der großen Konzerne erwarten. Dem Wirtschaftswissenschaftler wird eine solche Wirtschaft viele Sorgen bereiten. Hier aber sollen nur ihre politischen Implikationen diskutiert werden. Wenn die Wirtschaftspolitik immer ein Geschäft zwischen Regierungen und den großen Konzernen ist, oder unter der CSR-Ordnung sogar nur etwas für die Firmen ganz allein wird, verringert sich die Rolle der Parteien und Parteienkonflikte, die Rolle der Wahlkonflikte und die Bedeutung der Demokratie. Es bleiben natürlich andere, nicht-wirtschaftliche Bereiche der Politik, wo diese Konflikte ausgetragen und die Demokratie fortgesetzt werden können. Die Wirtschaftsordnung aber steht im Kern so vieler wichtiger Fragen, dass eine von Wirtschaftsfragen entleerte Demokratie eine armselige Angelegenheit würde. Wir träten in eine postdemokratische politische Welt.

Das ist aber nicht das Ende der Geschichte. In einer echten Marktwirtschaft sind die Firmen politisch ‚geschützt'. Sie bleiben im Markt, sind vom Markt reguliert, und sind nur wirtschaftliche und keine politischen Akteure. Regierungen und Parteien nehmen alle politische Konflikte und alle antagonistischen sozialen Bestrebungen, auch alle Schuld für gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme auf sich. Je mehr aber die Firmen eine Rolle jenseits des Marktes im öffentlichen Leben spielen, desto mehr müssen sie erwarten, zum Herd sozialer Konflikte zu werden. Es handelt sich hier nicht um eine bloße Prophezeiung: denn es gibt schon für fast alle die großen transnationalen Firmen ‚konzernkritische Websites', auf denen soziale Bewegungen und Gruppen der Zivilgesellschaft, die die Tätigkeiten dieser Firmen verfolgen, ihre Kritik formulieren. Man kann erwarten, dass unter der neuen, schon entwickelten – aber nach dieser Finanzkrise noch stärker werdenden – konzerngeleiteten Wirtschaftsordnung solche Formen der Konfliktaustragung immer wichtiger werden. Eine neue Ordnung; eine neue Art der Politik; doch es bleiben dieselben führenden Klassen unter neuen Regeln und mit neuen Formen des Konfliktes.

Schluss

Ich habe schon betont, dass man in den Ländern unterschiedliche Entwicklungen zu erwarten hat. Einige Länder, besonders Länder der Englisch sprechenden Welt, sind dem privatisierten Keynesianismus völlig gefolgt und haben schon fast alle Alternativen zu einer konzerngeleiteten Wirtschaftsordnung aus dem Blick verloren. Andere Länder, besonders in den kleineren westeuropäischen Staaten, haben noch institutionelle Ressourcen des Neokorporatismus und des echten Keynesianismus, und waren nur wenige Schritte weit in den privatisierten Keynesianismus eingetreten. Allerdings können sie nicht alle die Folgen, die ich beschrieben habe, ver-

meiden, denn der Einfluss der amerikanischen Wirtschaft ist überall; die meisten transnationalen Konzerne sind an den Problemen des Finanzsektors beteiligt und die Banken in fast allen Ländern haben in den Risikomärkten mitgespielt.

Höchst kompliziert ist die Lage in den großen westeuropäischen Ländern – Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien. Diese haben das angloamerikanische Modell nur teilweise adaptiert, haben aber auch noch gewisse neokorporatistische Kapazitäten, darunter Deutschland am wenigsten. Sie haben noch ihre eigenen Traditionen des privilegierten Austauschs zwischen Regierungen und Firmen. Ganz verwirrend ist die Lage in den mittel- und osteuropäischen Ländern, die noch kaum kapitalistische Institutionen aufgebaut haben für den Fall, dass der Globalkapitalismus in eine historische Krise eintritt. Aber auch unter diesen Ländern lassen sich schon wichtige Unterschiede erkennen – Slowenien und Estland etwa stehen an zwei Polen des Kontinuums der institutionellen Formen.

Lassen sich die bisherigen Typologien für die Analyse der Sozial- bzw. Wirtschaftspolitik noch aufrechterhalten? Diese umfassen den Keynesianismus, den Neoliberalismus, den Neokorporatismus, den Konservatismus und die soziale Demokratie. Sie wissen jedoch nichts vom privatisierten Keynesianismus oder der CSR-Ordnung der politisierten Globalkonzerne. Gibt es Pfadabhängigkeiten, die die alten Modelle in die neuen Zeiten fortführen und erneuern werden? Oder gibt es neue Pfade, neue Typen, neue Politikgruppen in den Ländern?